

Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere

Wolfgang Scherf

**Einkommen, Vermögen und Verteilung
aus makroökonomischer Sicht**

Arbeitspapier Nr. 54 – 1998

ISSN 0179-2806

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Armin Bohnet
Volkswirtschaftslehre IV
Licher Straße 66
35394 Gießen
☎ 0641 99 22100

Prof. Dr. Wolfgang Scherf
Volkswirtschaftslehre II
Licher Straße 74
35394 Gießen
☎ 0641 99 22080

Inhaltsverzeichnis

1. Problemstellung	3
2. Makroökonomische Einkommenstheorie	4
<i>a. Der klassische Zinsmechanismus</i>	4
<i>b. Der keynesianische Einkommensmechanismus</i>	6
<i>c. Zins- und Einkommenseffekte im IS-LM-Modell</i>	8
3. Makroökonomische Verteilungstheorie	10
<i>a. Der kaldorianische Verteilungsmechanismus</i>	10
<i>b. Einkommens- und Vermögensverteilung</i>	11
<i>c. Einkommens- und Verteilungsmechanismus</i>	13
4. Der Verteilungsmechanismus aus empirischer Sicht	14
5. Verteilungs- und vermögenspolitische Schlußfolgerungen	24
6. Fazit	27
<hr/>	
Bisher erschienene Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere	28

Einkommen, Vermögen und Verteilung aus makroökonomischer Sicht *

1. Problemstellung

Zwischen Einkommen, Vermögen und Verteilung bestehen aus makroökonomischer Sicht vielfältige Zusammenhänge. Sie können im Rahmen eines zeitlich begrenzten Vortrags allenfalls in groben Zügen und damit stark verkürzt dargestellt werden. Auch wird sich eine subjektive Auswahl der als besonders relevant angesehenen Aspekte nicht vermeiden lassen.

Die entscheidenden Verbindungen zwischen Einkommen, Vermögen und Verteilung laufen in der makroökonomischen Theorie über die private Vermögensbildung bzw. das private Sparen. Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht ist allgemein durch die Übereinstimmung der geplanten Ersparnisse (S) mit der geplanten Nachfrage nach investierbaren Mitteln charakterisiert:

$$(1) \quad S = I + D + NX$$

Letztere umfaßt neben den privaten Investitionen (I) das staatliche Budgetdefizit (D) sowie den Leistungsbilanzsaldo (Nettoexporte: NX). Diese erweiterte IS-Gleichgewichtsbedingung bildet den Ausgangspunkt einkommens- und verteilungstheoretischer Analysen.

Die Auffassungen über den Charakter des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gehen allerdings weit auseinander. Vereinfachend lassen sich die alternativen theoretischen Positionen durch drei Mechanismen charakterisieren, denen hinsichtlich der Koordination von Sparen und Investieren recht unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Zu berücksichtigen sind (1) der klassische Zinsmechanismus, (2) der keynesianische Einkommensmechanismus und (3) der kaldorianische Verteilungsmechanismus.

Während das Standard-Lehrbuchmodell der Makroökonomie die beiden erstgenannten Anpassungsformen in der IS-LM-Analyse miteinander kom-

* Vortrag vom 13.11.1997, Statistisches Bundesamt, 6. Wissenschaftliches Kolloquium »Einkommen und Vermögen in Deutschland« am 13. und 14. November 1997 in Wiesbaden.

biniert, werden die Verteilungsaspekte in der Regel vernachlässigt. Dies ist ein erheblicher Mangel der herrschenden Theorie. Der Verteilungsmechanismus verdient besonderes Interesse, weil er Zusammenhänge zwischen Einkommensverwendung, Vermögensbildung und Einkommensverteilung aufgreift, die für die Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von fundamentaler Bedeutung sind.

Das einführende Referat hat die Aufgabe, basierend auf den genannten Möglichkeiten der Anpassung von Ersparnissen und Investitionen, die Wechselwirkungen zwischen Einkommens- und Vermögensbildung und Einkommens- und Vermögensverteilung herauszuarbeiten. Die Überlegungen werden sich auf die theoretischen Aspekte des Themas konzentrieren, aber auch ihre verteilungs- und vermögenspolitischen Implikationen aufzeigen.

2. Makroökonomische Einkommenstheorie

In der makroökonomischen Einkommens- und Beschäftigungstheorie dominiert die IS-LM-Analyse. Anpassungsprozesse zwischen Ersparnissen und Investitionen werden dabei in Abhängigkeit von Zins- und Einkommensänderungen gesehen. Je nach Gewichtung der im IS-LM-Modell miteinander verbundenen klassischen und keynesianischen Elemente lassen sich recht unterschiedliche Modellvarianten konstruieren. Schon dieser Aspekt spricht dafür, Zins- und Einkommensmechanismus zunächst getrennt zu behandeln.

a. Der klassische Zinsmechanismus

Nach klassischer Auffassung werden Sparen und Investieren durch den Zinsmechanismus koordiniert. Beide Größen treffen als Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt zusammen. Das Angebot an Ersparnissen steigt mit dem Zins (i), während die Nachfrage nach Ersparnissen zur Finanzierung der Investitionen negativ mit dem Zins verbunden ist. Im Gleichgewicht entsprechen die zinsabhängig geplanten Ersparnisse der Summe aus zinsabhängigen Investitionen, Staatsverschuldung und Leistungsbilanzsaldo¹:

¹ Mit Blick auf den Zinsmechanismus ist zu beachten, daß der Leistungsbilanzsaldo tendenziell negativ mit dem Inlandszins verknüpft ist, weil inländische Zinssteigerungen verstärkte Nettokapitalimporte mit der Folge einer DM-Aufwertung bewirken können.

$$(2) \quad S(i) = I(i) + D + NX$$

Aus der klassischen Theorie ergeben sich folgende Implikationen für den Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögensbildung:

- (1) Der Zinsmechanismus garantiert ein permanentes Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung. Kurzfristig beeinflussen Variationen der Spar- bzw. Investitionsneigung nicht die Höhe des Gesamteinkommens, sondern nur die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage¹. Allerdings erhöht ein Anstieg von Ersparnissen und Investitionen den Kapitalstock und damit langfristig das Pro-Kopf-Einkommen².
- (2) Ausgelöst werden kann eine zusätzliche Vermögensbildung durch ein steigendes Sparangebot, denn daraus resultieren geringere Zinsen und höhere Investitionen. Zudem steigt die Vermögensbildung bei wachsender Investitionsneigung. Die daraus resultierenden höheren Zinsen begrenzen zwar den Investitionszuwachs, induzieren aber auch zusätzliche Ersparnisse.
- (3) Die Staatsverschuldung erhöht zwar die private Vermögensbildung, verdrängt aber im klassischen Modell aufgrund ihrer zinssteigernden Wirkung auch private Investitionen (crowding out) und geht daher langfristig zu Lasten des wirtschaftlichen Wachstums. Darüber hinaus kann der Leistungsbilanzsaldo, d. h. die Vermögensbildung gegenüber dem Ausland, infolge einer höheren Staatsverschuldung sinken.

Alle diese Hypothesen basieren allerdings in starkem Maße auf realitätsfernen Prämissen hinsichtlich des Spar- und Investitionsverhaltens. Die Annahme der (alleinigen) Zinsabhängigkeit dieser Größen ist ebenso fraglich

1 Beispielsweise bewirkt ein Rückgang der Investitionsneigung bei gegebenem Zins einen Angebotsüberhang auf dem Kreditmarkt, dem eine Nachfragerlücke auf dem Gütermarkt entspricht. Durch den Zinsmechanismus wird jedoch auf beiden Märkten ein neues Gleichgewicht erreicht. Zinssenkungen begrenzen einerseits den Investitionsrückgang, andererseits vermindern sie das Sparen und sorgen damit für eine Erhöhung der realen Konsumnachfrage zum Ausgleich der verbleibenden Investitionslücke.

2 Zwar wird die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens im neoklassischen Gleichgewicht durch den technischen Fortschritt und nicht durch die Spar- bzw. Investitionsquote bestimmt. Höhere Ersparnisse und Investitionen erhöhen aber das langfristige Einkommensniveau.

wie die einseitige Betonung der güterwirtschaftlichen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der monetären Bestimmungsfaktoren des Zinsniveaus.

b. Der keynesianische Einkommensmechanismus

In der keynesianischen Gütermarktanalyse wird die klassische Hypothese von der Zinsabhängigkeit des Sparens durch die realitätsnähere Annahme der Abhängigkeit vom verfügbaren (Real-) Einkommen ersetzt¹. Die Investitionen werden zwar weiterhin durch den Zins bestimmt, doch ist dieser auch durch monetäre Faktoren determiniert. Die Investitionen, die bei einem gegebenen Zins zustande kommen, müssen daher keineswegs mit den Ersparnissen übereinstimmen, die von den privaten Haushalten bei einem Vollbeschäftigungseinkommen geplant werden. Aus der neuen Gleichgewichtsbedingung:

$$(3) \quad S^+(Y) = I^-(i) + D + NX$$

folgt vielmehr, daß sich die Ersparnisse über Veränderungen des Sozialprodukts (Y) den Investitionen anpassen können². Daher wird beispielsweise eine Verminderung der Investitionsgüternachfrage nicht automatisch über Zinssenkungen beschäftigungsneutral in einen Konsumzuwachs umgesetzt. Die Anpassung kann auch bei konstantem Zins durch einen negativen Multiplikatorprozeß erfolgen, in dessen Verlauf das Einkommen solange sinkt, bis die einkommensabhängig geplanten Ersparnisse dem reduzierten Investitionsvolumen entsprechen.

Dieser über das Realeinkommen laufende Anpassungsprozeß ist die Essenz der keynesianischen Theorie. Sie widerspricht – nach allen empirischen Erfahrungen völlig zu Recht – der klassischen Vollbeschäftigungsannahme. Die kurzfristigen makroökonomischen Zusammenhänge zwischen

1 Neben dem laufenden Einkommen kann der Vermögensbestand die Konsum- bzw. Sparscheidungen beeinflussen. Nach der Lebenszyklus- oder der permanenten Einkommenshypothese reduziert sich damit die Reaktion des Konsums auf kurzfristige Einkommensänderungen. Dies ändert vielleicht das Ausmaß, aber kaum die Richtung der im folgenden zu diskutierenden keynesianischen Einkommenseffekte.

2 Staatsverschuldung und Leistungsbilanzsaldo hängen tendenziell negativ vom Einkommen ab. Mit wachsendem Sozialprodukt sinkt das staatliche Budgetdefizit infolge konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben und der Leistungsbilanzsaldo infolge höherer einkommensabhängiger Importe.

Ersparnissen, Investitionen und Sozialprodukt werden durch den Einkommensmechanismus erheblich modifiziert:

- (1) Es gibt nun keinen Mechanismus mehr, der automatisch Vollbeschäftigung garantiert. Veränderungen der Investitions- bzw. Sparneigung können den Gleichgewichtsoutput unter sein Vollbeschäftigungsniveau drücken und damit Arbeitslosigkeit hervorrufen. Die weiteren Schlußfolgerungen beziehen sich auf eine solche unterbeschäftigte Wirtschaft.
- (2) Ein Anstieg der zum gegebenen Einkommen geplanten Ersparnisse reduziert den Gleichgewichtsoutput und bewirkt daher im Ergebnis keine Erhöhung der Vermögensbildung. Dieses „Sparparadox“ basiert auf dem Ausfall an Konsumgüternachfrage, der die Unternehmen zu Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen veranlaßt. Solange ein höheres Sparangebot keine zusätzlichen Investitionen induziert, kann die private Vermögensbildung nicht steigen.
- (3) Ein Anstieg der Investitionen, der Staatsverschuldung oder der Nettoexporte erhöht das Sozialprodukt nach Maßgabe des Einkommensmultiplikators, der mit der marginalen Konsumquote steigt bzw. mit der marginalen Sparquote sinkt. Auf diese Weise passen sich die Ersparnisse der höheren Nachfrage nach investierbaren Mitteln an. Die private Vermögensbildung nimmt mit dem Sozialprodukt zu.
- (4) Ein Anstieg der Staatsverschuldung führt bei Unterbeschäftigung nicht zu einer Verdrängung privater Investitionen¹. Im Gegenteil: Die expansiven Einkommenseffekte und die bessere Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten dürften investitionsanregend wirken (crowding in). Antizyklische Finanzpolitik in der Rezession verbessert also nicht nur die Einkommens- und Beschäftigungssituation, sondern erhöht auch die private Vermögensbildung, die Investitionen und das Wachstum.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich bereits eine zentrale Aussage, die in gewissem Widerspruch zur herrschenden Auffassung steht: Ersparnisse

¹ Im übrigen müßten nach der crowding-out-These auch steigende Nettoexporte die Investitionstätigkeit behindern. Tatsächlich werden sie jedoch als Konjunkturstütze geschätzt.

sind keine Voraussetzung für Investitionen, sondern können sich diesen über Einkommensänderungen anpassen. Ein Anstieg der Nachfrage nach investierbaren Mitteln erhöht das Sozialprodukt und damit die Vermögensbildung; ein Anstieg des Angebots an investierbaren Mitteln kann das Gegenteil zur Folge haben.

Der bislang diskutierte reine Einkommensmechanismus funktioniert allerdings – wie die Gütermarkt-Gleichgewichtsbedingung (2) zeigt – nur bei konstantem Zins. Bei variablem Zins erfolgt die Anpassung gegebenenfalls über kombinierte Zins- und Einkommensänderungen. Das Zusammenwirken beider Mechanismen steht im Zentrum der IS-LM-Analyse, die den Gütermarkt mit dem Geldmarkt verknüpft.

c. Zins- und Einkommenseffekte im IS-LM-Modell

Der Gütermarkt wird durch die aus Gleichung (3) resultierende IS-Funktion charakterisiert. Danach besteht ein negativer Zusammenhang zwischen Zins und Einkommen; denn bei sinkendem Zins steigen die Investitionen, und daraus ergibt sich ein multiplikativer Anstieg des Sozialprodukts. Auf dem Geldmarkt trifft das seitens der Zentralbank fixierte Geldangebot (M) auf eine Geldnachfrage, die in positiver Abhängigkeit vom Sozialprodukt (Transaktionskasse LT) und in negativer Abhängigkeit vom Zins (Spekulationskasse LS) gesehen wird:

$$(4) \quad M = LT^+ (Y) + LS^- (i)$$

Daraus resultiert mit der LM-Funktion ein geldmarktseitig positiver Zusammenhang zwischen Zins und Einkommen: Ein höheres Sozialprodukt kann bei gegebener Geldmenge nur finanziert werden, wenn die zinsabhängige Geldnachfrage über steigende Zinsen eingeschränkt wird.

Am Beispiel einer wachsenden Staatsverschuldung sei der Anpassungsprozeß skizziert. Die kreditfinanzierte Mehrnachfrage des Staates auf dem Gütermarkt führt zwar zu einem Anstieg von Produktion und Beschäftigung, der zusätzliche Ersparnisse mit sich bringt. Die gleichzeitige Erhöhung der Geldnachfrage verursacht aber auch Zinssteigerungen, die einen Investiti-

onsrückgang bewirken. Auf diese Weise kommt die crowding-out-These in modifizierter Form wieder ins Spiel. Ihre Relevanz hängt jedoch in starkem Maße von der konjunkturellen Situation und, eng damit verbunden, von den lohn-, geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen ab, welche die relative Bedeutung beider Mechanismen im Einzelfall bestimmen.

So dürfte der Zinsmechanismus in einer stark unterbeschäftigten Wirtschaft keine ausschlaggebende Rolle spielen. Zum einen ist die Zinselastizität der Investitionen in diesem Fall gering zu veranschlagen, zum anderen ist das Geldangebot in der Regel elastisch genug, um ein höheres Sozialprodukt ohne Zinsanstieg zu finanzieren¹. Mit zunehmender Annäherung an den normalen Auslastungsgrad des Produktionspotentials steigt die relative Bedeutung des Zinsmechanismus, vor allem, wenn diese Entwicklung mit konjunktureller und eventuell auch mit lohnkostenbedingter Inflation einhergeht. Die Zentralbank wird darauf mit einer restriktiveren Geldpolitik reagieren, die den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsspielraum einschränkt und höhere Zinsen zur Folge hat.

Aus einkommenstheoretischer Sicht ist festzuhalten, daß konjunkturelle Veränderungen des Sozialprodukts meist mit gleichgerichteten Variationen der privaten Vermögensbildung verbunden sind. So verbessert ein konjunktureller Aufschwung nicht nur das gesamtwirtschaftliche Einkommensniveau, sondern hat auch positive Rückwirkungen auf den Vermögensbestand. Mit der Verteilung der Einkommens- und Vermögenszuwächse im Aufschwung befaßt sich die makroökonomische Einkommenstheorie allerdings in der Regel nicht. Die folgenden Überlegungen werden zeigen, daß die Vernachlässigung der Verteilungsaspekte nicht zuletzt deshalb einen erheblichen Mangel darstellt, weil Höhe und Verteilung des Sozialprodukts eng miteinander zusammenhängen.

1 In der Realität entscheidet die Elastizität des Geldangebots und nicht die eher geringe Zinsabhängigkeit der Geldnachfrage über den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsspielraum. Das Geldangebot ist – entgegen der üblichen Modellierung in der IS-LM-Analyse – auch keine gegebene Größe, sondern durch die Geldpolitik bestimmt, die auf die aktuelle und erwartete Preis- und Beschäftigungsentwicklung reagiert.

3. Makroökonomische Verteilungstheorie

Zins- und Einkommensmechanismus spielen in der makroökonomischen Einkommenstheorie eine dominierende Rolle. Relativ wenig Berücksichtigung findet dagegen eine dritte Form der Anpassung von Sparen und Investieren, der auf *N. Kaldor* zurückgehende Verteilungsmechanismus¹. Dies mag mit der unzutreffenden Annahme zusammenhängen, daß die kaldorianische Verteilungstheorie auf Vollbeschäftigungssituationen beschränkt sei – ein Punkt, auf den noch zurückzukommen sein wird.

a. Der kaldorianische Verteilungsmechanismus

Nach der kaldorianischen Verteilungstheorie entscheiden die Investitionsquote und das Sparverhalten über die Anteile der Arbeitnehmer und Unternehmer am Volkseinkommen. Da die Unternehmer – insbesondere unter Berücksichtigung nicht ausgeschütteter Gewinne – einen höheren Anteil ihres Einkommen (s_G) sparen als die Arbeitnehmer (s_L), ist die volkswirtschaftliche Sparquote (S/Y) positiv von der Gewinnquote (G/Y) abhängig:

$$(5) \quad \frac{S}{Y} = s_L \frac{L}{Y} + s_G \frac{G}{Y} = s_L + (s_G - s_L) \frac{G}{Y}$$

Somit erhält man für gegebene Anteile der Investitionen, der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzsaldos am Sozialprodukt die erweiterte IS-Gleichgewichtsbedingung in Quotenform:

$$(6) \quad \frac{S}{Y} + \frac{G}{Y} = \frac{I}{Y} + \frac{D}{Y} + \frac{NX}{Y}$$

Aus (5) und (6) resultiert die Kaldor-Formel für die Gewinnquote²:

$$(7) \quad \frac{G}{Y} = \frac{I/Y + D/Y + NX/Y - s_L}{s_G - s_L}$$

1 Vgl. *N. Kaldor*, *Alternative Theories of Distribution*, *The Review of Economic Studies*, Vol. 23, No. 2, 1955/56, S. 83 ff. Wiederabdruck in: *N. Kaldor*, *Essays on Value and Distribution*, London 1962, S. 209 ff.

2 Im folgenden werden nur kreditfinanzierte Staatsausgaben berücksichtigt. Wegen der Vernachlässigung der Besteuerung kann auch auf eine Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen verzichtet werden. An den grundlegenden Zusammenhängen ändern diese Vereinfachungen nichts.

Die Koordination von Sparen und Investieren erfolgt hier bei Konstanz des realen Sozialprodukts und des Zinsniveaus über Veränderungen in der Einkommensverteilung. Wenn die Nachfrage nach investierbaren Mitteln steigt, nimmt die Gewinnquote zu. Auf diese Weise passen sich die Ersparnisse der höheren Kreditnachfrage an. Die Verteilungsumschichtung zugunsten der stärker sparenden Unternehmer, die über nachfragebedingte Preissteigerungen erfolgt, bewirkt eine reale Verdrängung des (Arbeitnehmer-) Konsums¹. Sie ist bei gegebener Höhe des Sozialprodukts erforderlich, um die Verwendungsstruktur zugunsten der Investitionen, der kreditfinanzierten Staatsausgaben oder des Leistungsbilanzsaldos zu verschieben.

Die Wechselwirkungen zwischen Sparen und Investieren lassen sich erst unter Berücksichtigung dieser makroökonomischen Verteilungsaspekte befriedigend erklären. Da der Anteil der privaten Vermögensbildung am Sozialprodukt mit der Gewinnquote zunimmt, kann sich das Sparen wesentlich elastischer der Kreditnachfrage anpassen als es in den traditionellen Makro-Modellen zum Ausdruck kommt. Umgekehrt gilt aber auch, daß ein Anstieg der geplanten Ersparnisse nicht zwingend zu einer höheren Vermögensbildung führt. Vielmehr ist eine Reduktion der Gewinnquote infolge des nominalen Nachfragerückgangs zu erwarten. Dieser Effekt stellt sich unabhängig davon ein, ob die Arbeitnehmer oder die Unternehmer ihre geplanten Ersparnisse erhöhen.

b. Einkommens- und Vermögensverteilung

Der kaldorianische Zusammenhang zwischen Vermögensbildung und Einkommensverteilung läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß ein Anstieg der investiven Komponenten des Sozialprodukts (I, D, NX) bei gegebenem Sparverhalten gewinnquotenerhöhend, ein Anstieg der Sparneigung der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer bei gegebener Verwendungsstruktur des Sozialprodukts dagegen gewinnquotensenkend wirkt:

¹ Denkbar ist auch eine Gewinnquotenerhöhung bei konstantem Preisniveau, wenn die Nominalloohnerhöhungen (zufällig) in der betreffenden Periode hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. Modifizierend wirken Zinssteigerungen, die bei begrenzter Elastizität des Geldangebots zustande kommen können. Sie dämpfen die zinsabhängige Nachfrage und damit auch das Ausmaß der nachfragebedingten Preis- und Verteilungsänderungen.

$$(8) \quad \frac{(G/Y)}{(I/Y)} > 0; \quad \frac{(G/Y)}{(D/Y)} > 0; \quad \frac{(G/Y)}{(NX/Y)} > 0$$

$$\frac{(G/Y)}{s_G} < 0; \quad \frac{(G/Y)}{s_L} < 0$$

Etwas weniger übersichtlich sind die damit einhergehenden Veränderungen in der Verteilung der Vermögenszuwächse und langfristig auch der Vermögensbestände. Aus den Gleichungen (5) und (7) folgt für den Anteil des Unternehmersparens an der privaten Vermögensbildung:

$$(9) \quad \frac{S_G}{S} = \frac{s_G G/Y}{S/Y} = \frac{s_G}{s_G - s_L} \left(1 - \frac{s_L}{I/Y + D/Y + NX/Y} \right)$$

Partielles Differenzieren nach den einzelnen Bestimmungsgrößen ergibt:

$$(10) \quad \frac{(S_G/S)}{(I/Y)} > 0; \quad \frac{(S_G/S)}{(D/Y)} > 0; \quad \frac{(S_G/S)}{(NX/Y)} > 0$$

$$\frac{(S_G/S)}{s_G} < 0; \quad \frac{(S_G/S)}{s_L} < 0$$

Daß eine zunehmende Nachfrage nach investierbaren Mitteln mit dem Anteil der Unternehmer am Sozialprodukt auch ihren Anteil an den gesamten privaten Ersparnissen erhöht, liegt zwar auf der Hand. Auf den ersten Blick würde man jedoch vermuten, daß eine wachsende Unternehmersparquote den gleichen Effekt haben müßte. Richtig ist aber das Gegenteil: Die hervorgerufene Gewinnquotensenkung bzw. Lohnquotenerhöhung läuft auf einen Anstieg des Arbeitnehmersparens relativ zum Sozialprodukt hinaus. Bei gegebener Verwendungsstruktur des Sozialprodukts nimmt also der Anteil des Arbeitnehmersparens an den gesamten Ersparnissen zu. Allerdings dürfte dieser Zusammenhang quantitativ von untergeordneter Bedeutung sein, da der Anstieg der Unternehmersparquote und der Rückgang der Gewinnquote einander entgegengerichtete Wirkungen auf den Anteil der Unternehmer an der privaten Vermögensbildung haben.

Eine spürbare Verschiebung der Anteile am Vermögenszuwachs zugunsten der Arbeitnehmer läßt sich demzufolge nur durch einen Anstieg der Arbeitnehmersparquote herbeiführen, der bei gegebener Verwendungsstruktur

und Höhe des Sozialprodukts eine gleichmäßigere Einkommensverteilung (gemessen an der Lohn- und Gewinnquote) bewirkt. Dieser Einkommensverteilungseffekt verstärkt die Wirkung einer wachsenden Sparneigung der Arbeitnehmer auf die Verteilung des Vermögenszuwachses. Da die Arbeitnehmer ihren Anteil am Vermögensbestand langfristig nur vergrößern können, wenn sie mehr Vermögen bilden, ist ein verstärktes Arbeitnehmersparen auch die Voraussetzung für eine gleichmäßigere Vermögensverteilung.

c. Einkommens- und Verteilungsmechanismus

Allerdings muß man beachten, daß der Verteilungsmechanismus Grenzen hat. Änderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer laufen auf eine Reduktion der Gewinnspanne hinaus und können daher die Investitionsneigung mindern. Bei konstantem Sozialprodukt verstärkt dies zwar die kurzfristigen Verteilungseffekte, geht aber auf Dauer zu Lasten des Wachstums. Hinzu kommt, daß die Gewinnuntergrenze bei Vollbeschäftigung unterschritten und damit ein negativer keynesianischer Multiplikatorprozeß eingeleitet werden kann. Darin liegt das Hauptproblem einer Verteilungspolitik, die – an den Kreislaufzusammenhängen anknüpfend – eine Verteilungsänderung zugunsten der Arbeitnehmer anstrebt.

Mit dem Übergang zu einer unterbeschäftigten Wirtschaft wird der Verteilungsmechanismus allerdings nicht außer Kraft gesetzt. Vielmehr können in der Rezession Einkommens-, Zins- und Verteilungsmechanismus bei der Koordination von Sparen und Investieren zusammenwirken. Ein Anstieg der kreditfinanzierten Staatsausgaben verbessert beispielsweise den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, was in der Regel mit einer Erhöhung der Gewinnquote und – je nach Elastizität des Geldangebots – unter Umständen auch mit Zinssteigerungen verbunden ist. Der Einkommens- und der Gewinnquoteneffekt sorgen für die Anpassung des Sparen an die höhere Staatsverschuldung, während der Zinseffekt tendenziell zu Lasten der privaten Investitionen geht. Die makroökonomische Einkommenstheorie würde an Realitätsgehalt deutlich gewinnen, wenn sie ihre einseitige Fixierung auf Zins- und Einkommensmechanismus zugunsten einer Integration der Verteilungszusammenhänge aufgeben würde.

4. Der Verteilungsmechanismus aus empirischer Sicht

Diese These soll im folgenden anhand der Entwicklung der privaten Vermögensbildung und der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1970 und 1995 überprüft werden. Liegen empirische Anhaltspunkte dafür vor, daß die privaten Ersparnisse gesamtwirtschaftlich von den Gewinnen und insbesondere von den nicht ausgeschütteten Gewinnen abhängen? Dabei geht es vor allem um Überprüfung folgender Voraussetzungen, die für die Wirksamkeit des Verteilungsmechanismus von zentraler Bedeutung sind:

- (1) Die Einkommensverteilung kann sich ebenso wie der Anteil des privaten Sparens am Sozialprodukt in beträchtlichem Umfang verändern.
- (2) Es besteht eine positive Beziehung zwischen dem Anteil der Unternehmereinkommen und dem Anteil der privaten Ersparnisse am Sozialprodukt.
- (3) Die Anpassungsfähigkeit des privaten Sparens an Veränderungen der Nachfrage nach investierbaren Mitteln beruht vor allem auf der besonderen Flexibilität der nicht ausgeschütteten Gewinne.

Die Tabellen 1 und 2 enthalten die statistischen Grundlagen für die Überlegungen zur empirischen Bedeutung des Verteilungsmechanismus. Um die Entwicklung der entscheidenden Faktoren im Zeitablauf zu verdeutlichen, wurden die Veränderungen der relativen Werte herangezogen. Als Bezugsgröße dient das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen (und nicht das Volkseinkommen), da alle relevanten Größen als Teil dieses makroökonomischen Aggregats aufgefaßt werden können¹.

Aus Tabelle 1 geht hervor, daß die Einkommensverteilung in der Vergangenheit beträchtlichen Veränderungen unterworfen war. Der Anteil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Nettosozialpro-

¹ Üblicherweise verwendet man bei der Ermittlung von Maßzahlen der Einkommensverteilung als Bezugsgröße das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten). Als gesamtwirtschaftliches Einkommensaggregat ist das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen aussagefähiger, da der Wert des Sozialprodukts unabhängig davon ermittelt wird, ob der Staat seinen Anteil durch direkte oder indirekte Steuern finanziert. Bezogen auf die Verteilungsquoten resultiert daraus im wesentlichen nur eine Niveaushiftung.

Tabelle 1: Entwicklung der Einkommensverteilung 1970-1995

Jahr	Netto-sozial- produkt	Indirekte Steuern abzüglich Subven- tionen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		<i>Nachricht- lich: Pro- duktions- unterneh- men</i>	
			<i>brutto</i>	<i>netto</i>	<i>brutto</i>	<i>netto</i>		
	<i>Mrd DM</i>		<i>Anteil am Nettosozialprodukt in vH</i>					
1970	607,7	12,7	59,3	39,3	27,9	22,6	23,2	
1971	672,3	12,8	60,8	39,4	26,4	21,3	21,6	
1972	737,9	12,8	61,3	39,7	25,9	20,8	20,7	
1973	822,8	12,4	62,5	39,0	25,0	19,3	19,4	
1974	875,9	12,1	64,9	39,8	23,0	17,6	17,3	
1975	910,5	12,1	65,2	39,8	22,7	17,8	16,3	
1976	998,0	12,0	64,2	38,0	23,8	18,5	18,0	
1977	1061,6	12,0	64,8	38,1	23,1	17,1	17,8	
1978	1145,0	12,0	64,2	38,0	23,8	18,2	18,4	
1979	1236,0	12,3	64,3	38,2	23,4	18,2	18,3	
1980	1302,4	12,5	66,3	38,9	21,2	16,5	15,8	
1981	1349,0	12,5	67,2	39,3	20,3	15,9	14,2	
1982	1386,6	12,4	67,4	38,9	20,2	16,0	13,4	
1983	1460,8	12,5	65,3	37,3	22,2	18,2	15,9	
1984	1536,9	12,3	64,3	36,2	23,3	19,3	16,8	
1985	1599,1	12,0	64,2	35,7	23,8	19,3	17,2	
1986	1692,4	11,5	63,8	35,6	24,7	20,4	18,8	
1987	1750,7	11,5	64,2	35,5	24,3	20,3	18,6	
1988	1844,9	11,3	63,4	35,1	25,3	21,2	19,8	
1989	1969,7	11,8	62,0	34,1	26,2	21,6	19,7	
1990	2145,6	11,8	61,4	34,7	26,8	23,0	20,4	
1991	2520,3	11,6	64,0	35,7	24,4	20,7		
1992	2700,1	12,2	64,5	35,3	23,3	19,6		
1993	2744,0	12,7	64,8	35,6	22,5	18,8		
1994	2877,1	13,1	63,3	33,8	23,6	20,5		
1995	2991,8	12,4	62,7	32,5	24,9	22,2		

*Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.*

Tabelle 2: Entwicklung der privaten Vermögensbildung 1970-1995

Jahr	Private Ersparnis	Private Nettoinvestitionen	Staatliche Neuverschuldung	Leistungsbilanzsaldo	Private Haushalte	Unternehmen	Nachrichtlich: Produktionsunternehmen
<i>Anteil am Nettosozialprodukt in vH</i>							
1970	15,4	14,8	-0,2	0,8	9,0	6,4	3,8
1971	14,3	13,7	0,2	0,3	8,9	5,3	2,2
1972	14,3	13,2	0,6	0,6	9,4	4,9	2,0
1973	13,0	12,8	-1,3	1,6	8,8	4,2	1,9
1974	12,9	8,4	1,5	3,0	9,5	3,4	0,0
1975	13,2	5,6	6,3	1,3	10,6	2,7	0,0
1976	12,9	8,3	3,8	0,8	8,7	4,2	1,8
1977	11,4	7,8	2,7	0,8	7,9	3,5	1,5
1978	12,3	8,1	2,7	1,5	7,5	4,8	3,4
1979	12,4	10,3	2,9	-0,8	8,0	4,5	3,1
1980	10,7	9,6	3,3	-2,2	8,3	2,4	0,6
1981	10,1	6,7	4,2	-0,9	9,0	1,1	-0,9
1982	9,6	5,0	3,8	0,8	8,5	1,1	-1,1
1983	10,2	6,5	2,9	0,8	7,0	3,2	1,5
1984	10,1	6,5	2,2	1,4	7,2	2,9	1,0
1985	9,6	5,7	1,3	2,6	7,1	2,5	0,8
1986	12,1	5,8	1,5	4,7	7,6	4,5	2,3
1987	12,4	5,7	2,2	4,6	7,6	4,8	2,2
1988	13,8	6,7	2,5	4,7	7,7	6,0	2,8
1989	12,7	7,5	-0,1	5,3	7,5	5,2	2,7
1990	14,3	8,3	2,3	3,7	8,5	5,8	3,0
1991	12,4	10,0	3,8	-1,4	8,5	3,9	1,2
1992	11,2	9,1	3,2	-1,1	8,7	2,5	0,4
1993	10,2	7,1	4,0	-0,9	8,0	2,1	0,7
1994	9,8	8,5	2,8	-1,5	7,4	2,4	0,5
1995	11,5	8,8	3,9	-1,3	7,4	4,0	1,8

Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

dukt ist über einige Perioden um mehr als 5 Prozentpunkte gesunken (1970-75) oder gestiegen (1982-90). Die letzte Spalte der Tabelle weist auf den interessanten Tatbestand hin, daß die Schwankungen der (Brutto-) Gewinnquote nahezu ausschließlich auf Veränderungen der Gewinne der Produktionsunternehmen beruhen¹.

Diese beachtlichen Verschiebungen in der Einkommensverteilung wurden von ebenso gravierenden Variationen des Niveaus und der Struktur der privaten Vermögensbildung begleitet. Tabelle 2 zeigt, daß der Anteil der privaten Ersparnisse² am Nettosozialprodukt wie die Bruttogewinnquote in einer Größenordnung von etwa 5 Prozentpunkten innerhalb weniger Jahre steigen (1985-90) oder sinken (1990-94) kann; ein Volumen, das derzeit etwa 150 Mrd DM ausmacht. Derartige Entwicklungen können nicht mit Veränderungen des Sparverhaltens der privaten Wirtschaftssubjekte, wohl aber mit kaldorianischen Verteilungseffekten erklärt werden.

Diese Vermutung läßt sich untermauern, wenn man die Struktur der privaten Vermögensbildung betrachtet. Makroökonomisch stimmen die privaten Ersparnisse überein mit der Summe aus den privaten (Netto-) Investitionen, der staatlichen Kreditaufnahme und der Vermögensbildung gegenüber dem Ausland, die sich im Leistungsbilanzsaldo niederschlägt³. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der privaten Vermögensbildung und ihrer verschiedenen Verwendungsformen. Auffallend sind die extremen Schwankungen der Teilgrößen. Die Investitionsquote lag zwischen 5,0 und 14,8 vH⁴, die staatliche Neuverschuldungsquote zwischen -1,3 und 6,3 vH und der Anteil des Leistungsbilanzsaldos zwischen -2,2 und 5,3 vH.

Daß der Anteil der staatlichen Neuverschuldung zwischen 1973 und 1975 um 7,6 Prozentpunkte zunahm, war übrigens nicht Ursache der Verminde-

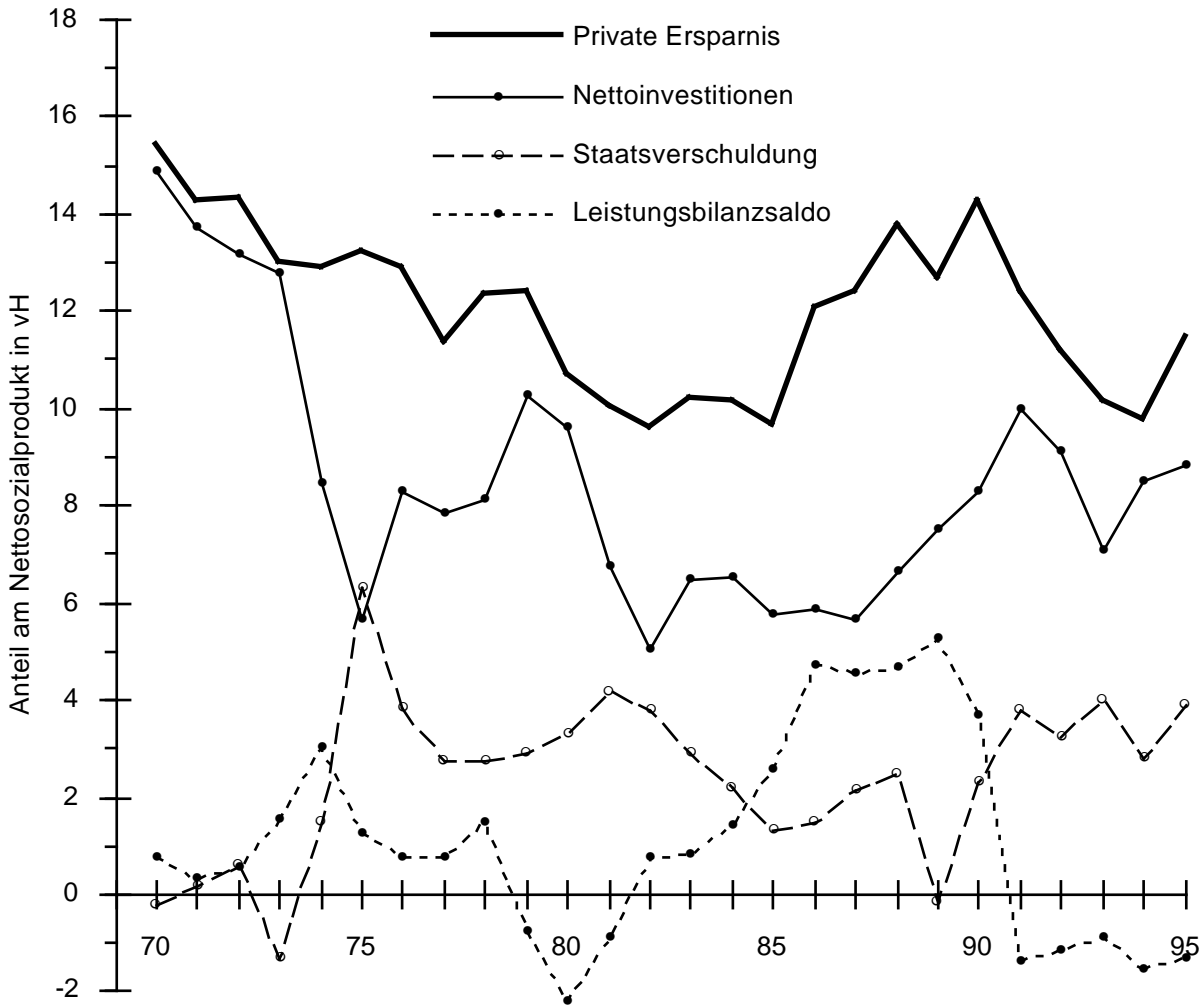
1 Der Unternehmenssektor setzt sich zusammen aus Produktionsunternehmen, Wohnungswirtschaft und finanziellen Sektoren (Banken, Bausparkassen, Versicherungen).

2 Das private Sparen insgesamt und seine sektoralen Komponenten enthalten den jeweiligen Saldo der Vermögensübertragungen.

3 Die von der Deutschen Bundesbank erstellte Statistik zur privaten Vermögensbildung und ihrer Finanzierung enthält den Finanzierungssaldo gegenüber dem Ausland, der weitgehend dem Leistungsbilanzsaldo entspricht.

4 Die Angaben für Deutschland verdecken den 1993 eingetretenen Investitionseinbruch in den alten Bundesländern. Dort sank die Investitionsquote auf den historischen Tiefststand von nur noch 4,2 vH.

Abbildung 1: Private Vermögensbildung nach Verwendungsformen



rung der Investitionsgüternachfrage, sondern Folge der konjunkturellen Entwicklung sowie der Versuche, den Rezessionstendenzen mit einer expansiven Finanzpolitik entgegenzuwirken. Wie die Jahre 1989 bis 1991 belegen, kann ein deutlicher Anstieg der staatlichen Verschuldungsquote durchaus mit einer Erhöhung des Anteils der privaten Investitionen am Nettosozialprodukt einhergehen. Dies war 1990/91 sogar bei einer rückläufigen Sparquote möglich, weil die Vermögensbildung gegenüber dem Ausland nach der deutschen Einheit um ca. 5 Prozentpunkte abgenommen hat.

Abbildung 2 zeigt, wie sich die gesamte private Vermögensbildung auf die privaten Haushalte und die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen aufteilt. Das Sparen der privaten Haushalte war im Trend relativ stabil. Starken Schwankungen unterlagen dagegen die Ersparnisse der Unternehmen, also die nicht ausgeschütteten Gewinne¹. So hat sich der Konjunkturunbruch Anfang der achtziger Jahre in einer Verminderung des Anteils der Unternehmensersparnisse von 4,8 vH im Jahr 1978 auf nur noch 1,1 vH im Jahr 1982 niedergeschlagen. Zwischen 1988 und 1993 kam es zu einer Wiederholung dieser Entwicklung: Der Anteil der nicht ausgeschütteten Gewinne am Nettosozialprodukt ging von 6,0 vH auf 2,1 vH zurück. Besonders betroffen waren jeweils die Produktionsunternehmen, die offensichtlich einen dominierenden Einfluß auf die Entwicklung im Unternehmensbereich besitzen. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß die Veränderungen der privaten Vermögensbildung in starkem Maße die Veränderungen der nicht ausgeschütteten Gewinne reflektieren.

Anhand der Abbildung 3 lassen sich die bereits angedeuteten Zusammenhänge verdeutlichen. Sie zeigt einen nahezu parallelen Verlauf von Spar- und Gewinnquoten, der bereits auf einen engen Nexus dieser Größen schließen läßt. Um diese Vermutung empirisch zu überprüfen, wurden in einem ersten Schritt die Stationaritätseigenschaften der Quoten der privaten Ersparnis (s_t), der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (g_t^{br}) und der nichtausgeschütteten Gewinne (g_t^{na}) analysiert².

1 Die in den nicht ausgeschütteten Gewinnen enthaltenen Ersparnisse der Wohnungswirtschaft könnte man mit einer gewissen Berechtigung auch den privaten Haushalten zurechnen.

2 Ich danke meinem Mitarbeiter Dr. Martin T. Bohl für die Durchführung der statistischen Tests.

Abbildung 2: Private Vermögensbildung nach Sektoren

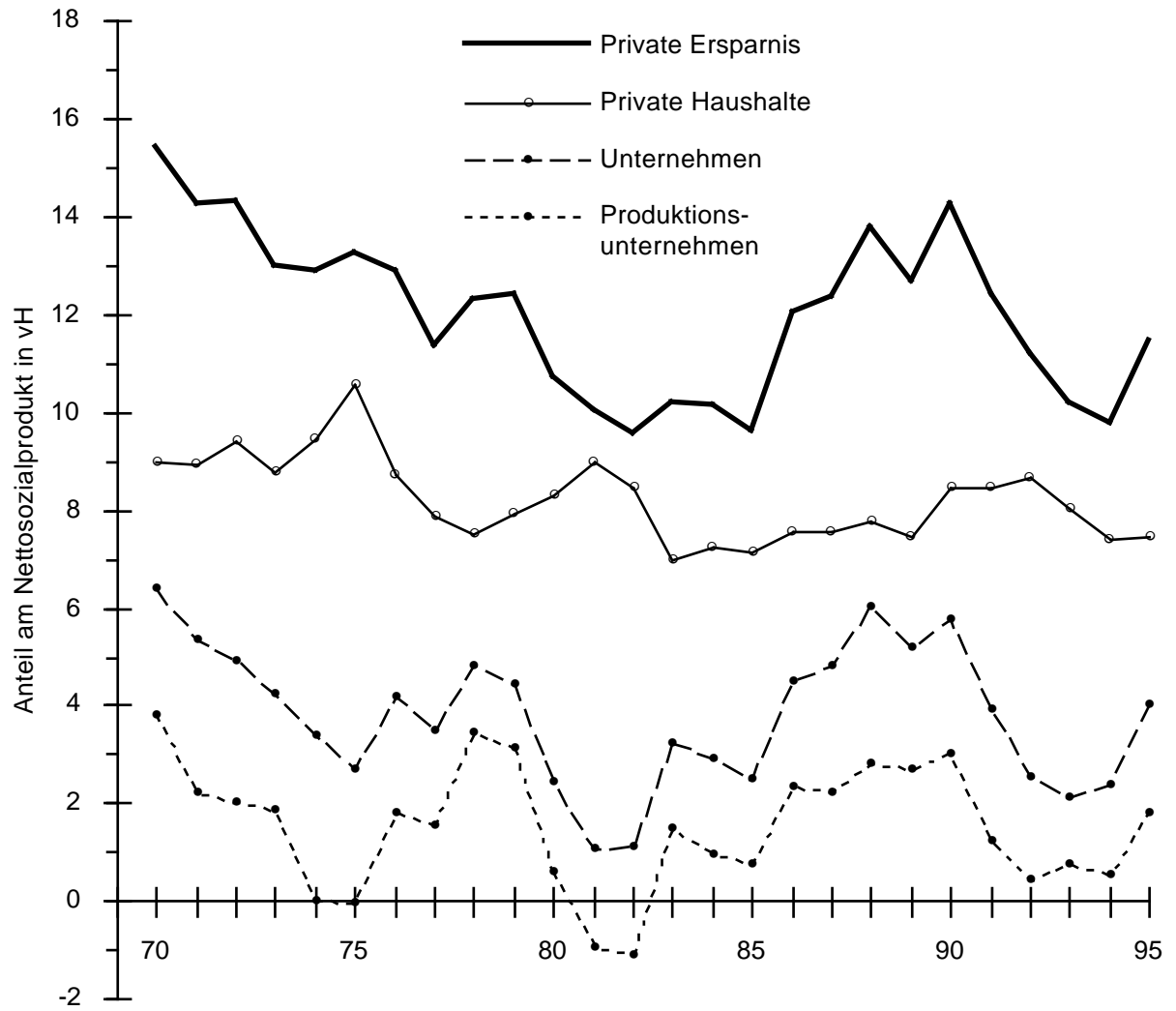
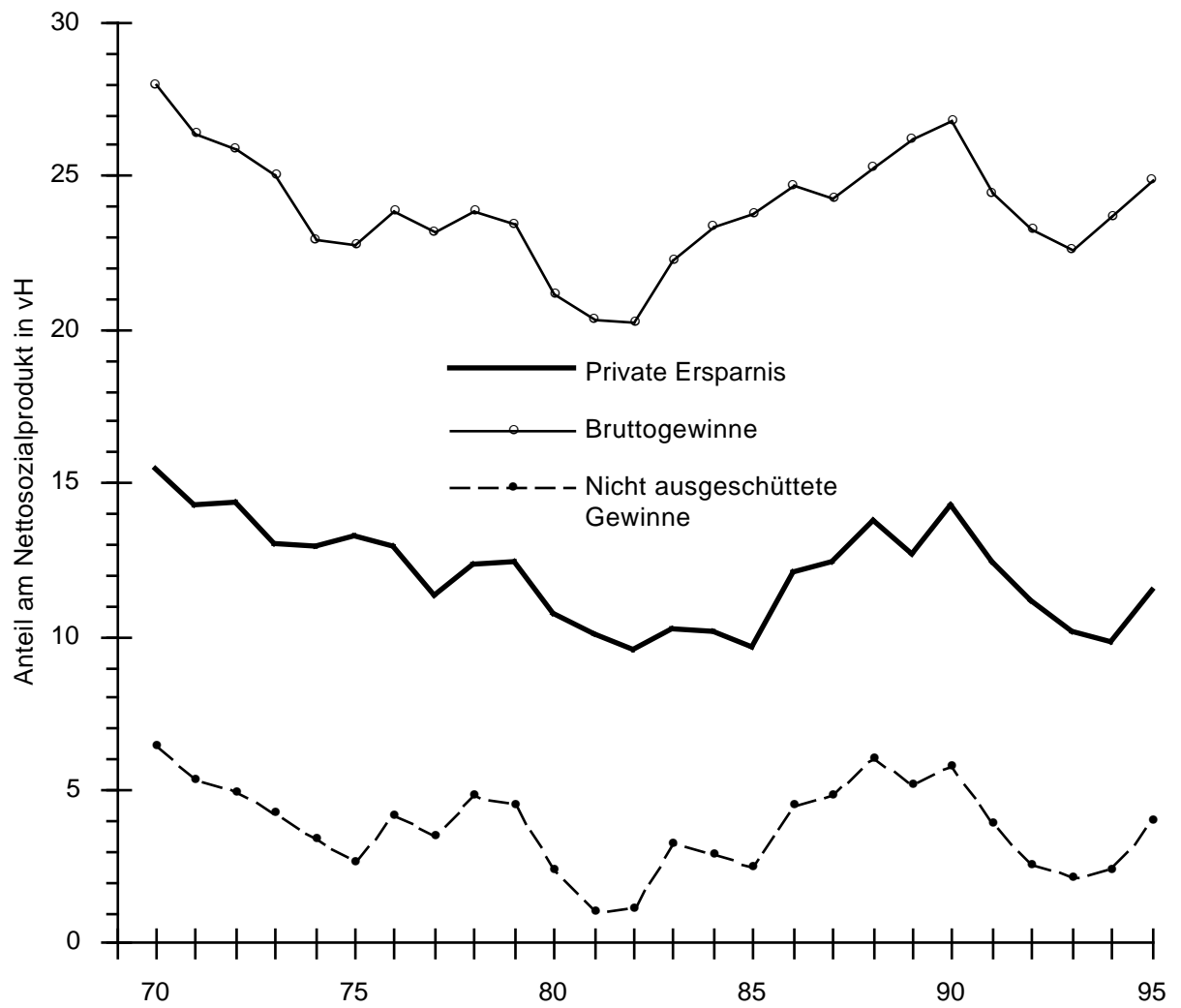


Abbildung 3: Einkommensverteilung und private Vermögensbildung



Die Stationaritätsanalyse wurde mit dem Testansatz von Kwiatkowski/Phillips/Schmidt/Shin¹ durchgeführt, der als Nullhypothese die Stationarität der zugrundeliegenden Zeitreihe gegen die Alternativhypothese der Existenz einer Einheitswurzel testet. Die Ergebnisse der KPSS-Tests finden sich für die Truncation Lags von 0 bis 4 in Tabelle 3. Die Werte der ermittelten Statistiken liegen mit nur einer Ausnahme unterhalb des kritischen Wertes, so daß die Nullhypothese der Stationarität in der weitaus überwiegenden Anzahl der Fälle nicht abzulehnen ist. Für die Analyse der Beziehung zwischen s_t einerseits und g_t^{br} sowie g_t^{na} andererseits hat dieses Resultat die Konsequenz, daß auf die aus der klassischen Regressionstheorie bekannten Ansätze zurückgegriffen werden kann. Eine Untersuchung kointegrierender Relationen ist nicht angezeigt, da keine Hinweise auf differenzenstationäre Zeitreihen vorliegen. Die Regressionsergebnisse sind in Tabelle 4 enthalten.

Die Regressionsgleichungen wurden zunächst mit dem gewöhnlichen KQ-Verfahren geschätzt. Die geschätzten Koeffizienten der Bruttogewinnquote (0,694) und der nicht ausgeschütteten Gewinne (0,985) sind vorzeichenkorrekt und statistisch signifikant von null verschieden. Darüber hinaus ist der Erklärungsbeitrag in beiden Regressionen gemessen am korrigierten Bestimmtheitsmaß hoch. Allerdings zeigen die Durbin-Watson-Statistiken seriell korrelierte Residuen erster Ordnung in beiden Regressionsgleichungen.

Um dem Aspekt autokorrelierter Residuen erster Ordnung zu begegnen, wurden die Gleichungen mit dem Maximum-Likelihood-Verfahren von Beach/MacKinnon² erneut geschätzt. Wiederum erweist sich der Koeffizient der Bruttogewinnquote (0,655) und derjenige der nicht ausgeschütteten Gewinne (0,844) als vorzeichenkorrekt und als statistisch signifikant von null verschieden. Die geschätzten Parameter der um eine Periode verzögerten Residuen (\hat{u}_{t-1}) sind statistisch gesichert. Der Erklärungsbeitrag beider Regressionen ist hoch, und die Durbin-Watson-Statistiken zeigen in beiden Fällen autokorrelationsfreie Residuen erster Ordnung an.

1 Vgl. D. Kwiatkowski/P.C.B. Phillips/P. Schmidt/Y. Shin, Testing the Null Hypothesis of Stationarity against the Alternative of a Unit Root, *Journal of Econometrics*, Vol. 11, 1992, S. 107 ff.

2 Vgl. C. Beach/J. MacKinnon, A Maximum Likelihood Procedure for Regressions with Autocorrelated Errors, *Econometrica*, Vol. 46, 1978, S. 51 ff.

Tabelle 3: Ergebnisse der KPSS-Tests

Quote	Truncation Lag				
	0	1	2	3	4
s_t	0,713*	0,423	0,321	0,277	0,256
g_t^{br}	0,332	0,195	0,152	0,135	0,127
g_t^{na}	0,251	0,155	0,127	0,119	0,121

s_t = Anteil der privaten Ersparnis am Nettosozialprodukt.

g_t^{br} = Anteil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Nettosozialprodukt.

g_t^{na} = Anteil der nicht ausgeschütteten Gewinne am Nettosozialprodukt.

Getestet wird die Nullhypothese der Niveaustationarität gegen die Alternativhypothese einer Einheitswurzel. Ein Stern (*) bezeichnet einen statistisch signifikant von null verschiedenen Koeffizienten zum 5-prozentigem Niveau. Der kritische Wert beträgt 0,463.

Tabelle 4: Ergebnisse der Regressionsanalyse

Schätzung mit KQ-Verfahren	
$s_t = -4,567 + 0,694 g_t^{br} + \hat{u}_t$ <p style="text-align: center;">(1,699) (6,192)*</p>	$\bar{R}^2 = 0,599 \quad DW = 0,702 \quad 1970-95$
$s_t = 8,301 + 0,985 g_t^{na} + \hat{u}_t$ <p style="text-align: center;">(16,897)* (8,100)*</p>	$\bar{R}^2 = 0,721 \quad DW = 0,645 \quad 1970-95$
Schätzung mit Beach-MacKinnon-Verfahren	
$s_t = -3,677 + 0,655 g_t^{br} + 0,639 \hat{u}_{t-1} + \hat{u}_t$ <p style="text-align: center;">(1,114) (4,848)* (3,764)*</p>	$\bar{R}^2 = 0,752 \quad DW = 1,870 \quad 1970-95$
$s_t = 8,872 + 0,844 g_t^{na} + 0,716 \hat{u}_{t-1} + \hat{u}_t$ <p style="text-align: center;">(14,028)* (7,030)* (4,901)*</p>	$\bar{R}^2 = 0,847 \quad DW = 1,858 \quad 1970-95$

\bar{R}^2 bezeichnet das korrigierte Bestimmtheitsmaß und DW die Durbin-Watson-Statistik. Die t-Werte stehen in Klammern unter den Koeffizienten. Ein Stern (*) bezeichnet einen statistisch signifikant von null verschiedenen Koeffizienten zum 5-prozentigem Niveau. Der kritische Wert beträgt 2,070.

Die empirischen Untersuchungen bestätigen damit den nach der Kreislauftheorie der Verteilung zu vermutenden Zusammenhang zwischen privater Vermögensbildung und Einkommensverteilung. Der Anteil der privaten Ersparnisse variiert mit der Bruttogewinnquote und insbesondere mit dem Anteil der nicht ausgeschütteten Gewinne am Nettosozialprodukt. Insgesamt belegen diese Ergebnisse eindeutig, daß gesamtwirtschaftliche Verteilungsaspekte im Zusammenhang mit der Koordination von Sparen und Investieren stärkere Beachtung verdienen.

5. Verteilungs- und vermögenspolitische Schlußfolgerungen

Jede erfolgversprechende Politik zur Beeinflussung der Einkommens- und Vermögensverteilung muß an den hier diskutierten makroökonomischen Zusammenhängen anknüpfen. Die wichtigsten Schlußfolgerungen für die Verteilungspolitik sollen im folgenden skizziert werden¹.

Eine gleichmäßigere Verteilung der (Netto-) Einkommen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Da Investitionseinschränkungen und eine Passivierung der Leistungsbilanz aus anderen Gründen (Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) nachteilig wären, kommen vor allem (1) eine Verminderung der öffentlichen Verschuldung und (2) eine Förderung des Arbeitnehmersparens in Betracht. Wie erwähnt, können sich die Arbeitnehmer nur über ein vermehrtes Sparen stärker an der Vermögensbildung beteiligen und damit auch die Verteilung der Vermögenszuwächse gleichmäßiger gestalten.

Mit Blick auf die Staatsverschuldung in einer vollbeschäftigten Wirtschaft kann man festhalten, daß sie den verteilungspolitischen Zielen zuwiderläuft, und zwar nicht primär wegen der (vermeintlichen) Belastung zukünftiger Generationen, sondern wegen ihrer preis- und gewinnquotensteigernden Wirkung in der laufenden Periode. Darin liegt die eigentliche Problematik der sogenannten „strukturellen Defizite“². Die naheliegende Forderung nach ei-

1 Vgl. dazu auch A. Oberhauser, Von der überbetrieblichen zur betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, in: H. J. Schneider (Hrsg.), Handbuch der Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung, Köln 1977, S. 364 ff.

2 Daß sie u. U. auch noch private Investitionen verdrängen und damit wachstumsfeindlich sein können, kommt erschwerend hinzu.

nem Verzicht auf die Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben ist jedoch für die Rezession stark zu relativieren.

Eine rationale Verteilungspolitik, die auf eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung gerichtet ist, muß berücksichtigen, daß die Gewinnquote in einer Marktwirtschaft nicht beliebig gesenkt werden kann, ohne die Beschäftigungslage zu beeinträchtigen. Dies spricht gegen den Versuch einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der Rezession. Vielmehr müssen dann die konjunkturbedingten Defizite hingenommen und gegebenenfalls darüber hinaus auch antizyklische Defizite eingegangen werden¹. An diesen Erfordernissen gemessen, erweist sich die derzeit mit Blick auf die ökonomisch nicht begründbaren Maastricht-Kriterien betriebene restriktive Finanzpolitik als stabilitätspolitisch kontraproduktiv, nicht zuletzt, weil sie zu Lasten der Gewinnquote und der Investitionen geht.

Negative Konsequenzen für die Beschäftigung sprechen auch gegen den Einsatz bestimmter Instrumente zur Förderung des Arbeitnehmersparens. Auf diesen Punkt wird gleich zurückzukommen sein. Zuvor muß jedoch auf eine Konsequenz aus der Kreislauftheorie der Verteilung hingewiesen werden, die genügend Anlaß für eine verstärkte Auseinandersetzung mit den in der Vermögensbildung liegenden Möglichkeiten geben sollte. Von zentraler Bedeutung sowohl für die Einkommens- und Beschäftigungs- als auch für die Verteilungspolitik ist nämlich die Schlußfolgerung, daß die traditionelle Nominallohnpolitik der Gewerkschaften kein wirksames Instrument zur Beeinflussung der Verteilungsquoten darstellt.

Nominallohnerhöhungen, die über den Zuwachs des Konsumgütervolumens hinausgehen und nicht gespart werden, verpuffen bestenfalls in Preissteigerungen. Diese schädigen die Arbeitnehmer selbst bei konstanter Lohnquote, weil sie den Realwert des Geldvermögens reduzieren. Darüber hinaus können lohninduzierte Preissteigerungen eine restriktive Geld- und Finanzpolitik provozieren, die zu Lasten von Investitionen, Produktion und Beschäftigung geht.

¹ Vgl. *W. Scherf*, Zur Abgrenzung und finanzpolitischen Bedeutung verschiedener Arten der Staatsverschuldung, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 206, 1989, S. 136 ff.

Verteilungswirksame Lohnpolitik muß daher Lohnverwendungspolitik sein; sie muß das Arbeitnehmersparen zu einem zentralen Aktionsparameter machen. In Betracht kommen Investivlöhne und investive Gewinnbeteiligungen. Investivlöhne haben den Nachteil, daß sie die Kosten der Unternehmen erhöhen. Infolgedessen dürften Unternehmen mit relativ niedrigen Gewinnen in der Rezession in Schwierigkeiten geraten. Der Kostencharakter und die fehlende Flexibilität der Entlohnung im Konjunkturverlauf grenzen die Einsatzmöglichkeiten der Investivlöhne auf in der Realität nur noch selten vorzufindende Vollbeschäftigungssituationen ein.

Verteilungs- und stabilitätspolitisch vorteilhafter wäre eine betriebliche investive Gewinnbeteiligung. Sie macht die Entlohnung elastischer, erleichtert den Unternehmen eine Anpassung an konjunkturelle Absatzschwankungen und stabilisiert damit die Beschäftigung. Da die Arbeitnehmer an einem überproportionalen Gewinnanstieg im Aufschwung automatisch teilhaben, entfällt auch der wesentliche Grund für verschärfte Verteilungsauseinandersetzungen und Lohnnachschlagsforderungen. Zudem dämpft die investive Mittelverwendung die Gesamtnachfrage in konjunkturellen Überhitzungsphasen. Mit Hilfe einer betrieblichen investiven Gewinnbeteiligung kann also der Konflikt zwischen stabilitäts- und verteilungspolitischen Zielen weitgehend aufgelöst werden. Dies würde nicht zuletzt die Erfolgsaussichten einer Globalsteuerung mit geld- und finanzpolitischen Mitteln deutlich verbessern¹.

Gegenüber der Lohnverwendungspolitik ist die Förderung des freiwilligen Arbeitnehmersparens durch Steuervergünstigungen und Sparprämien kein sonderlich geeignetes Instrument der Verteilungs- und Vermögenspolitik. Ein zusätzliches Sparen kommt dadurch allenfalls in den untersten Einkommensschichten zustande. Auszunehmen ist höchstens die Bausparförderung, da sie in späteren Jahren eine Investition verbunden mit einer langjährigen Vermögensbildung in Form der Kredittilgung nach sich ziehen kann.

Abschließend sei auf ein Problem hingewiesen, das die Erfolgsaussichten der Vermögenspolitik beeinträchtigt. Diese ist darauf gerichtet, die Vertei-

1 Vgl. *W. Scherf*, Noch ein „Stabilitätspakt“ - Chancen einer koordinierten Finanz-, Lohn- und Geldpolitik, in: *Wirtschaftsdienst* 1996/XII, S. 631 ff.

lung des neu gebildeten Vermögens und darüber auf lange Sicht die Verteilung des Vermögensbestandes zu verändern. Neben der hier diskutierten Vermögensbildung durch Verzicht auf konsumtive Verwendung des laufenden Einkommens, die im Vordergrund der makroökonomischen Einkommens- und Verteilungstheorie steht, spielt jedoch die Vermögensbildung durch Wertänderungen des Vermögensbestandes eine erhebliche Rolle.

Nach Schätzungen für Deutschland 1984-93 übertreffen die nominellen Wertänderungen des Realkapitals in den meisten Jahren die laufenden Ersparnisse¹, so daß mit beträchtlichen Auswirkungen auf die Vermögensdistribution zu rechnen ist. „Da Vermögensbildung durch Werterhöhung nur für Individuen möglich ist, die bereits über Vermögen verfügen, wird ein Mechanismus in Richtung auf eine Verschärfung von Ungleichheiten wirksam“². Derartige Wertsteigerungen betreffen längerfristig hauptsächlich das Grund- und Immobilienvermögen³, so daß vermögenspolitisch in diesem Zusammenhang vor allem Maßnahmen zur Wohneigentumsförderung für untere und mittlere Einkommensschichten in Betracht kommen.

6. Fazit

Die Überlegungen zu den makroökonomischen Wechselwirkungen zwischen Einkommens- und Vermögensbildung und Einkommens- und Vermögensverteilung sollten zeigen, daß die in der Einkommens- und Beschäftigungstheorie dominierenden Erklärungsmuster unzulänglich sind, weil sie die Verteilungsaspekte ausblenden, die aus den Kreislaufzusammenhängen resultieren. Daraus ergeben sich u. a. Fehleinschätzungen hinsichtlich der Wirkungen der Lohn-, Geld- und Finanzpolitik, die in starkem Maße über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheiden. Der Realitätsbezug wirtschaftstheoretischer und empirischer Analysen sowie darauf rekurrierender Politikempfehlungen ließe sich durch die Berücksichtigung der Erkenntnisse der Kreislauftheorie der Verteilung deutlich erhöhen.

1 Vgl. *U. Heni*, Vermögenswertänderungen und deren Verteilungswirkungen, Diss. Freiburg 1997, S. 65 ff.

2 Vgl. *C. Folkers*, Vermögen I: Struktur und Verteilung, in: HdWW, Bd. 8, Tübingen 1980, S. 279.

3 Vgl. *U. Heni*, Vermögenswertänderungen und deren Verteilungswirkungen, Diss. Freiburg 1997, S. 69.

**Bisher erschienene
Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere**

Nr. 1	Sept. 1985	J. K. Brunner, H.-G. Petersen	Marginale Abgabenbelastung – Zur Lage in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
Nr. 2	Dez. 1985	H.-G. Petersen	Laffer-Kurve und „Schwarze Kasse“ respektive Steuervermeidung und -hinterziehung in einfachen makroökonomischen Modellen
Nr. 3	Jan. 1986	F. Hinterberger, K. Müller, H.-G. Petersen	„Gerechte“ Tariftypen bei alternativen Opfertheorien und Nutzenfunktionen
Nr. 4	Febr. 1986	M. Hüther	Entstehung und Ausbau der landesherrlichen Steuer im spätmittelalterlichen Bayern. Ein Beitrag zur Finanzgeschichte
Nr. 5	Febr. 1986	J. Falkinger	Wachstum und Sättigung
Nr. 6	Dez. 1986	H.-G. Petersen	Theorie und Praxis der Alterssicherung – Stand, Ansatzpunkte für Reformen und ihre Auswirkung in der Bundesrepublik Deutschland
Nr. 7	Dez. 1986	H.-G. Petersen	Programm- und Ergebnissammlung zu: Theorie und Praxis der Alterssicherung
Nr. 8	Dez. 1986	H.-G. Petersen	Mikroökonomische Simulationsmodelle zur Erhöhung der Rationalität in Steuer- und Sozialpolitik
Nr. 9	Mai 1987	F. Hinterberger, K. Müller	Verteilungswirkungen der Einkommensteuertarifreform 1990
Nr. 10	Mai 1987	A. Bohnet, M. Beck	Der Einfluß der Einkommensteuer auf Arbeitsleistung und X-Ineffizienz im Unternehmen
Nr. 11	Juni 1987	H.-G. Petersen	The Laffer Curve and „Illicit Cash“ in Simple Macroeconomic Models
Nr. 12	Sept. 1987	M. Hüther	Der Dreißigjährige Krieg als fiskalisches Problem: Lösungsversuche und ihre Konsequenzen
Nr. 13	Sept. 1987	A. Bohnet, N. Penkaitis	Vergleich des Lebensstandards und der Konsumgewohnheiten zwischen der RSFSR und den baltischen Unionsrepubliken
Nr. 14	März 1988	H.-G. Petersen	Wer trägt die Einkommensteuerlast? Aufkommensentwicklung und Verteilungswirkungen der Lohn- und Einkommensteuer 1965 – 1990
Nr. 15	Mai 1988	F. Hinterberger	Zur Interpretation von Umverteilungsmaßen bei sich schneidenden Lorenzkurven
Nr. 16	Sept. 1988	S. Hermann	Ansätze zu einer Integration von Steuer- und Sozialsystem
Nr. 17	Okt. 1988	M. Beck, Th. Luh	Die Einkommensteuer in der Bundesrepublik Deutschland: Darstellung ihrer Ausgestaltung und Analyse ausgewählter Wirkungen
Nr. 18	Okt. 1988	H.-G. Petersen	Realisierungsmöglichkeiten einer umfassenden Steuer- und Sozialreform

Nr. 19	Febr. 1989	A. Bohnet	Die Rolle des Staates in den wirtschaftspolitischen Leitbildern des Liberalismus, des Neoliberalismus und des Interventionismus
Nr. 20	Febr. 1989	G. Pöll	Ramsey-Regel und indirekte Besteuerung
Nr. 21	Mai 1989	H.-G. Petersen	Internal and External Pressures to Reform the German Tax and Transfer System – Tax Harmonization, Common Market, and Monetary Integration in a Political-Economic Perspective
Nr. 22	Aug. 1989	F. Hinterberger, M. Müller, H.-G. Petersen	Simulation eines Ausgabensteuersystems für die Bundesrepublik Deutschland
Nr. 23	Aug. 1989	M. Hüther	Probleme der Tarifgestaltung in integrierten Steuer-Transfer-Systemen
Nr. 24	Aug. 1989	A. Bohnet, J. Clemens	Konzepte konjunkturneutraler Haushaltsgestaltung: Darstellung und Bewertung
Nr. 25	Sept. 1989	F. Hinterberger	Zur Messung der Umverteilung: Eine Verallgemeinerung
Nr. 26	Sept. 1989	Th. Nagel	Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Haushalte
Nr. 27	Sept. 1989	K. Müller	Produktiver Konsum und Wachstum – ein Problem der Kapital- und Wachstumstheorie
Nr. 28	Nov. 1989	M. Hüther, M. Müller, H.-G. Petersen, B. Schäfer	Microsimulation of Alternative Tax and Transfer Systems for the Federal Republic of Germany
Nr. 29	Nov. 1989	M. Hüther	Geistesgeschichtliche Ursachen für die Entstehung der Nationalökonomie: Adam Smith, Aufklärung und Theodizee
Nr. 30	Mai 1990	M. Beck	Die Effizienz staatlicher und privater Industrieunternehmen in Polen 1987 – Eine empirische Analyse mittels einer nichtparametrischen Frontier Production Function
Nr. 31	April 1990	F. Hinterberger	Entscheidungsfreiheit als Erklärungsprinzip und Wert und ihre Bedeutung für die Ableitung wirtschaftspolitischen Handlungsbedarfs
Nr. 32	Sept. 1990	M. Heilmann	Ein Klassiker der Finanzwissenschaft. Lorenz von Stein zum 100. Todestag am 23. September 1990
Nr. 33	Okt. 1990	H.-G. Petersen	Ökonomik, Ethik und Demokratie – Eine Einleitung zu einer Vorlesung an der Handelshochschule Leipzig
Nr. 34	Nov. 1990	M. Hüther	Zum aktuellen Integrationsbedarf in der deutschen Steuer- und Sozialpolitik
Nr. 35	Febr. 1991	F. Müller und M. Beck	Versteckte Arbeitslosigkeit als wirtschaftspolitisches Problem: Definition und Messung am Beispiel bundesdeutscher Wasserversorgungsunternehmen
Nr. 36	Febr. 1991	F. Hinterberger, M. Hüther	Selbstorganisation: Märkte, Staat und Institutionen. Zu Herkunft und Bedeutung der Idee der Selbstorganisation in der Nationalökonomie

Nr. 37	Febr. 1991	F. Hinterberger	Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Aktivitäten aus der Sicht neuerer ökonomischer Theorien privatwirtschaftlichen Verhaltens – Projektbeschreibung
Nr. 38	Mai 1991	M. Hüther	Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Grundeinkommensvorschlägen
Nr. 39	Juni 1991	M. Hüther, H.-G. Petersen	Taxes and Transfers – Financing German Unification
Nr. 40	Aug. 1991	F. Hinterberger	Economic Self-Organization and the State
Nr. 41	Febr. 1992	M. Hüther	Ist die Finanzpolitik noch zu retten?
Nr. 42	Aug. 1992	H. Schmidt	Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland
Nr. 43	Dez. 1992	K. Müller	Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung regenerativer Energien – das Beispiel der Windenergie
Nr. 44	Nov. 1993	H.-G. Petersen	Politische Ökonomie von Nationalismus und Migration
Nr. 45	Mai 1994	H.-G. Petersen	Ökonomische Theorie der Politik. Ihr Beitrag zur Überwindung der Krise der Demokratie
Nr. 46	Okt. 1994	Ch. Sowada	Landwirtschaft im Systemumbruch am Beispiel Polens. Ausgewählte Probleme aus ökonomischer Sicht
Nr. 47	März 1995	K. Müller	Lean Government – Ursachen von Effizienzdefiziten, Ansatzpunkte und Voraussetzungen einer Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor
Nr. 48	Mai 1997	W. Scherf	Langfristige Sicherheit der Renten – Eine sozialpolitische Illusion?
Nr. 49	Mai 1997	A. Bohnet	Arbeitslosigkeit in Deutschland als soziales und ökonomisches Problem
Nr. 50	Jan. 1998	A. Bohnet, M. Schratzenstaller	Ursachen der Arbeitslosigkeit und Ansätze zur Beschäftigungspolitik
Nr. 51	Jan. 1998	A. Bohnet, M. Schratzenstaller	Fiskalpolitik als Instrument der makroökonomischen Stabilisierung im Marktwirtschaften
Nr. 52	Jan. 1998	Martin T. Bohl	Testing the Long-Run-Implications of the Neo-classical Stochastic Growth Modell: A Panel-Based Unit Root Investigation for West German Länder 1970-1994
Nr. 53	März 1998	W. Scherf	Mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung durch die Einkommensteuerreform?
Nr. 54	März 1998	W. Scherf	Einkommen, Vermögen und Verteilung aus makroökonomischer Sicht